



Uster

## Referat zum Postulat 506/2018; «Uster als solidarische Stadt»

**Datum:** Montag, 12. Nov. 2018

**Erstellt von:** Ivo Koller, BDP Uster

### Referatstext:

Dieses Postulat, mit diesem Inhalt, hat es bereits auf manche Traktandenliste in anderen Parlamentsgemeinden und Kantonen gebracht. Entsprechend skeptisch stehen wir einem Papier gegenüber, welches automatisch auch Uster übergestülpt wird.

Das Postulat sagt implizit aus, dass Uster keine solidarische Stadt sein soll. Dem widerspricht die Mittefraktion. Uster war in der Vergangenheit eine solidarische Stadt - man denke nur an die Freiwilligenarbeit - und sie wird es auch in Zukunft sein.

Uster, welches sich notabene zum Ziel gesetzt hat Inklusionsstadt zu werden, braucht sich nicht öffentlich als «solidarische Stadt» zu kennzeichnen, womit im Klartext das Ziel eines humanitären Bleiberechts resp. die Abschaffung der Aufenthaltsgenehmigung gemeint ist (was ja gar nicht möglich wäre!) und sie braucht auch kein überflüssiges Label «Urban Citizenship», welche genauso sämtliche rechtstaatlichen Grundsätze über den Haufen werfen möchte. Hierbei werden für eine Mehrheit der Mittefraktion wichtige Prinzipien überschritten. Mit diesen Forderungen beackern die Postulanten die zweifellos vorhandene Sans Papier-Problematik, aber an der ganz falschen Stelle.

Uster muss dort seinen Beitrag leisten, wo sie gemäss Aufgabenverteilung verpflichtet ist und wo für die Beteiligten ein Mehrwert entsteht. Aus Sicht der Mittefraktion macht sie das gut, so ist sie im Vergleich zu anderen Städten im Asylbereich gut aufgestellt. Uster hat mit VAMOS ein hervorragendes Bildungs- und Berufsintegrationsprojekt und sie hat auch eine Leistungsgruppe Asyl- und Flüchtlingskoordination, welche mit den verfügbaren Mitteln grosse Anstrengungen betreffend Unterbringung und Inklusion unternimmt.

Die Postulanten verkennen aber insbesondere die Realitäten und die Kompetenzregelungen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. So weist der Kanton Uster die Asylsuchenden zu. Ein Wunschkonzert hinsichtlich, Alter, Augenfarbe, gewählter Fluchtroute oder Anzahl ist nicht möglich. Und genau diese Kontingente gewährleisten die Solidarität unter den Gemeinden und tragen massgeblich zur vorhandenen Akzeptanz in der Bevölkerung bei. Es ist ein Fakt, dass nicht alle Menschen gleich begeistert sind, wenn fremde Menschen in unser Land kommen. Versuchen wir die Kontingente nur für Uster zu ändern, gefährden gerade die Postulanten das System der gelebten Solidarität! Das Postulat ist viel zu extrem. Die Mehrheit der Mittefraktion wird das Postulat deshalb mit gutem Gewissen ablehnen.

Die Minderheit der Fraktion ist der Meinung, dass man die Augen nicht vor der Not der Flüchtlinge verschliessen und sich hinter Quoten verstecken kann. Die Solidarität, welche in Uster bereits gelebt wird, soll gestärkt werden. Diese Minderheit wird deshalb das Postulat unterstützen.